Nr. 65 Abend-Ausgabe
B 31

Berlin

Sonnabend, 6. Februar 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutschland im Völkerbund

Die Ministerpräsidenten in Berlin

Seit elf Uhr vormittags sind in der Wilhelmstraße die Ministerpräsidenten der Länder versammelt, die von der Reichsregierung nach Berlin gebeten worden sind zur Besprechung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Es ist, wie man weiß, beabsichtigt, den offiziellen Antrag der Reichsregierung an das Völkerbundssekretariat am Montag abzusenden. In einer Sitzung des Reichskabinetts, die auf Montag anberaumt ist, soll die endgültige Formulierung des Aufnahmeantrages beschlossen werden. Vorher kommen die Ministerpräsidenten zu Worte, denen Reichsaußenminister Dr. Stresemann heute in einem längeren Vortrage eingehende Mitteilungen gemacht hat. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Ministerpräsidenten der Länder sich dem Votum des Auswärtigen Ausschusses anschließen werden. Der Beschluß des Reichskabinetts am Montag wird lediglich eine Formalität bedeuten.

In Genf ist man darüber unterrichtet, daß der deutsche Aufnahmeantrag in den ersten Tagen der kommenden Woche zu erwarten ist. Unmittelbar nach Empfang der amtlichen deutschen Mitteilung wird der Völkerbundrat zusammenberufen werden, um seinerseits zu beschließen, der Vollversammlung des Völkerbundes die Aufnahme Deutschlands zu empfehlen. Auch diese Ratssitzung wird nur eine Formalität sein, und aus diesem Grunde werden sich die Regierungen der Westmächte dabei lediglich durch ihre Schweizer Gesandten vertreten lassen. Weder Chamberlain noch Briand werden persönlich an der Beratung teilnehmen.

Gleichzeitig soll der Termin für die Vollversammlung des Völkerbundes bestimmt werden, in der die offizielle Aufnahme und auch der offizielle Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschlossen werden und erfolgen soll. Die deutsche Regierung, die auf der ersten Tagung des Völkerbundes, der sie beiwohnt, durch den Reichsaußenminister Dr. Stresemann und den deutschen Botschafter in Paris, Dr. v. Hoesch, vertreten sein wird, nimmt sofort an den Arbeiten des Völkerbundes teil. Der Zusammentritt der Völkerbundversammlung erfolgt etwa Mitte März. In einer der ersten Sitzungen wird auch die Zuweisung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland beschlossen werden.

Die Abrüstungskonferenz

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 6. Februar

Die deutsche Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes heute mitgeteilt, daß sie von dem Antrag auf Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskommission Kenntnis genommen hat und im Falle, daß der Rat die Vertagung beschließe, nur den Wunsch aussprechen möchte, daß die Kommission in jedem Falle vor dem 15. Mai zusammentritt. Gleichzeitig ist beim Generalsekretär ein Telegramm des gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundrats, Scialoja, eingegangen, in welchem der Generalsekretär ersucht wird, die Vertagung der Abrüstungskommission den Regierungen mitzuteilen, nachdem alle Ratsmitglieder ihre Zustimmung gegeben haben. Scialoja beauftragte den Generalsekretär weiter, auch die Vertagung der beiden beratenden Kommissionen der Abrüstungskommission anzuordnen, die ebenfalls für den 16. Februar einberufen waren, und zwar der ständigen Militärkommission des Völkerbundes sowie der eigens gebildeten gemischten Wirtschaftskommission. Ueber das Datum des Zusammentretens dieser Kommissionen wird der Rat im Laufe seiner Märzsitzung Beschluß fassen.

Frankreich beschwichtigt in Washington

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

abr **New York**, 6. Februar

Die Verstimmung in amerikanischen Kreisen über die Verschiebung der Abrüstungskonferenz hat jetzt zu einem Besuch des französischen Botschafters Bérenger beim Staatssekretär Kellogg geführt. Bérenger setzte, wie verlautet, die Gründe eingehend auseinander, die Frankreich und einige andere Mächte veranlaßt hätten, die Konferenz zu verschieben. Frankreich wünsche einmal, Deutschland im Völkerbund zu sehen, außerdem müsse Rußland an der Konferenz teilnehmen.

Die Internationale der Nationalisten

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

hr **Paris**, 6. Februar

Der Berliner Berichterstatter des „Journal" berichtet über Intrigen, die von deutschnationaler Seite gegen die Zusammenkunft Briand-Stresemann im Gange seien. Wie vor Locarno erkläre man, Stresemann sei unfähig, Briand gegenüber die Stange zu halten, und es sei zu befürchten, daß er sich „einwickeln" lasse. Der wahre Grund für diese Intrigen sei die Furcht vor der Aktivität Stresemanns. Seine Zusammenkunft mit Briand werde sicher den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einen neuen Anstoß geben und die Frage der Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen zugunsten der französischen Finanzen einen bedeutenden Schritt der Lösung näher bringen. Der „Eclair" dagegen besorgt hier in Paris das Geschäft der Deutschnationalen, polemisiert feinerseits gegen Stresemann, den er als den „falschesten und haßerfülltesten" deutschen Politiker bezeichnet. Weiter behauptet das nationalistische Blatt, daß eine internationale Verschwörung gegen Frankreich bestehe, der Deutschland, England, Amerika, Rußland, Ungarn und die gesamte internationale Hochfinanz angehörten.

Kommunismus – ein Rückschritt

Die Wirtschaftsform der Urvölker

Reisebeobachtungen

Von

Richard Katz

* **Südseeinsel Bora-Bora**, im Winter 1926

Es ist wohl noch eine Folge des Kriegs-Denkens, daß wir wirtschaftliche wie politische Ereignisse stimmungsgemäß bewerten und sie dann mit knappen Schablonen beurteilen. So wie wir 1914 zur albernen Formel kamen, Sir Grey sei ein „Bluthund", während andererseits die Franzosen (nicht minder stup.d) die gesamte deutsche Kultur mit dem Worte „boche" erledigten: so wollen wir noch 1925 die bedeutendste wirtschaftspolitische Bewegung der Nachkriegszeit, den russischen Kommunismus, mit ein paar Schlagworten abtun. Je nach unserer Parteizugehörigkeit nennen wir seine Vertreter „Aufteiler", „Bombenschmeißer", „Mörder" — oder „Apostel einer neuen Menschlichkeit" und „Befreier vom Joche des Kapitalismus".

Wem aber Politik mehr ist als ein persönliches Geschäft oder als der Schutz seiner Privatinteressen, wem sie das Mittel bedeutet, einer möglichst großen Anzahl seiner Mitmenschen eine möglichst reiche Fülle an Lebensglück zu verschaffen: der wird sich mit so bequemen Definitionen nicht zufrieden geben dürfen. Er wird vielmehr bestrebt sein, den Wert einer für Europa neuen und so wichtigen Bewegung in ihren Wirkungen zu erkennen und sie — darüber hinaus — wissenschaftlich zu untersuchen.

Mit der Beobachtung der augenblicklichen Wirkungen ist es nämlich auch nicht getan; denn wenn der Kommunismus eine im Kern gesunde, weil notwendige Bewegung ist, dann sprechen die Grausamkeiten der „Tscheka" ebensowenig gegen ihn, wie die spanische Inquisition gegen das Christentum.

Was bisher an wissenschaftlicher Arbeit geleistet wurde, ist leider recht kümmerlich, und die politischen Forscher, die ihr Urteil über die kommunistische Bewegung aus Marx oder Kant abzuleiten streben, gleichen allzu sehr den mittelalterlichen Scholasten, die in den Schriften des Aristoteles nachforschten, ob Oel in einer kalten Winkernacht gefriert . . .

Ein schlüssiges Urteil, ob der Kommunismus lebenswert (und auf die Dauer lebensfähig) ist, könnte sich durch geschichtliche Parallelen und durch die Beobachtung solcher Völker ergeben, die nicht erst seit 1918, sondern seit Jahrhunderten in kommunistischer Gemeinschaft leben. Die historische Forschung hätte sich zu diesem Zwecke aller Quellen der Kulturgeschichte (von der Bibel bis zur jüngsten Nummer der „Prawda") kritisch zu bedienen, während die ethnologische Beobachtung reiches Material in den Forschungsergebnissen unter Chinesen, Negern, Malayen, Eskimos und Südsee-Völkern fände. Was freilich eine wesentlich schwierigere (und wichtigere!) Arbeit bedeuten dürfte, als die Feststellung, ob der Kommunismus dem Absichten Marxens entspricht. Die Kombination historisch-deduktiver und beobachtend-induktiver Methoden hätte die Grundfrage des Problems zu beantworten: ist der Kommunismus eine fördernde oder eine hemmende Wirtschaftsform? Bedeutet er einen Fortschritt oder einen Atavismus?

Wenn ich als Reisebeobachterstatter dieses allgemein politische Thema anschneide (das nur scheinbar abstrakt ist), so veranlassen mich die Beobachtungen dazu, die ich während des letzten Jahres unter Südamegern, Südern, Singhalesen, Malayen und Polynesiern gemacht habe. Beobachtungen, die keinen Anspruch auf wissenschaftliche Gründlichkeit erheben, aber wenigstens die Anregung geben wollen, daß in der Bibliothek wissenschaftlicher Werke, die sich auf dieses Thema beziehen, Nachschau gehalten werde.

Immerhin glaube ich, schon aus meinen eigenen (zwölfmonatigen) Beobachtungen zwei allgemeine Sätze ableiten zu können.

Erstens: die kommunistische Wirtschaftsform ist unter den primitivsten Völkern am reinsten entwickelt, während sie sich überall dort zum Kapitalismus umformt, wo eine weiter fortgeschrittene Kultur eindringt,

und zweitens: reine kommunistische Wirtschaft — ohne jegliches Privateigentum, ohne Ehe und mit der allgemeinen Verpflichtung, für Kinder, Kranke und Greise zu sorgen — gedeiht nur unter reichen Völkern (ich habe sie in dieser Ausprägung eigentlich nur im Innern der Fidschi-Inseln und auf der entlegensten Gruppe des Gesellschafts-Archipels, den „Inseln unter dem Winde", gefunden).

Der erste dieser beiden Sätze widerspricht der allgemeinen Auffassung, daß der Kommunismus, mag er nun „schlecht" oder „gut" sein, immerhin eine neue und fortschreitende Bewegung bedeutet (seine Vertreter nennen gerade deshalb den Kapitalismus „reaktionär"), während der zweite der noch allgemeineren Meinung zuwiderläuft, daß der Kommunismus eine Angelegenheit der Armen sei.

In Afrika sind halb-kommunistische Dorfgemeinschaften in steigendem Maße zu beobachten, je weiter man von den kultivierten und Handel treibenden Küstendistrikten ins ursprünglichere Innere eindringt; hingegen haben die Bewohner des armseligen und unfruchtbaren Ruben trotz ihrer primitiven Kultur ein ausgesprochen kapitalistisches System. Die notwendige Vorsorge für Hungerzeiten regt dort den Sparsinn an und stachelt damit das Eigentumsgefühl des einzelnen zu seinen ersparten Datteln.

Nichtsdestoweniger stimmen — soweit ich feststellen kann — beide Sätze. Sie habe ich nicht konstruiert, sondern aus Beobachtungen abgeleitet und bisher keine Ausnahme gegen ihre Richtigkeit wahrgenommen. Ein paar Beispiele mögen das belegen (beweisen kann hier nur gründliche wissenschaftliche Forschung, die nicht meines Amtes ist):

Unter den Malayen Holländisch-Indiens ist die mohammedanische Mehrzahl vielfach schon zum Privateigentum an Grund und Boden übergegangen, während die primitiveren hinduistischen Malayen des javanischen Bromo-Gebirges und der Insel Bali an der kommunistischen Dorfgemeinschaft festhalten. Bezeichnenderweise sind die „kapitalistischen" Malayen des übervölkerten javanischen Flachlandes ärmer an Grundbesitz als die hinduistischen. Sie können sich deren Kommunismus „nicht leisten", weil sie den Boden intensiv zu bewirtschaften haben, was mit der lethargisch geleisteten „Arbeit für alle" nicht zu schaffen wäre.

In der Südsee sind die primitivsten und reichsten Inselvölker kommunistisch, während kultiviertere (gleich den Tonganern) eine Art Staatssozialismus oder eine Monarchie auf kommunistischer Grundlage entwickelt haben. Auf den Fidschi-Inseln, auf Samoa und auf den „Inseln unter dem Winde", die alle üppigen Boden haben und verhältnismäßig dünn besiedelt sind, kann man keinem Kinde ein Stück Kuchen schenken, ohne daß es ihn mit allen anderen Kindern teilt, Kokospalmen, Bananen und Brotfrucht-

Englische Missionen in China überfallen

Funkdienst der „Vossischen Zeitung"

whe **London**, 6. Februar

Aus Schanghai wird gemeldet: Chinesische kommunistische Studenten haben heute das College der englischen calvinistischen Mission in Siau überfallen und die Missionare vertrieben. In einer benachbarten Stadt haben chinesische Truppen gleichfalls eine Niederlassung derselben Mission überfallen und die Wohnhäuser der Missionare zerstört.

In einer Rede im gesetzgebenden Rat der britischen Kronkolonie Hongkong richtete der Gouverneur Sir Cecil Clement eine Warnung an die Regierung in Kanton wegen des Boykotts britischer Güter durch das Streikkomitee in Kanton. Die Regierung in Kanton sei verantwortlich für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, und er erwarte, daß gegen alle illegalen Handlungen des Streikkomitees, die gegen Hongkong gerichtet seien, vorgegangen werde.

Die Agitatoren von Kanton haben versucht, auf zwei englischen Dampfern einen Teilstreik der Heizer herbeizuführen. Beide Dampfer haben aber mit neuzugenzem Personal die Ausfahrt nach Indien und Vancouver antreten können.

0046